

66,40 auf 67,00. — In Kopenhagen gab der Dollarkurs von 348 auf 347 nach, der Pfundkurs von 16,35 auf 16,30; in Stockholm der Dollar von 3,32 auf 3,30 (30. 6.), das Pfund von 15,42 auf 15,36 (30. 5.)

In Amsterdam hob sich der Dollar zwar von 242,50 auf 242,75; das Pfund von 11,54¹/₄ auf 11,57¹/₂, der Frank von 42,25 auf 42,32¹/₂. Gleichzeitig stiegen aber die skandinavischen Kronen von 70,50 auf 70,85 (Dänemark) und 73,15 auf 74,15 (Schweden). In New York blieb der Kurs des Pfund Sterling auf der gewählten Parität. Der Frank, der sich vor einer Woche zu

erholen schien, sank wieder so, daß für einen Dollar 5,76 Frs (bei einer Münzparität von 5,18 Frs.) aufgewendet werden müssen. Der Rio-Kurs ist auf 14 d angelangt.

Es ergibt sich also, daß die schwedische Krone (auf die Münzparität berechnet), ein Aufgeld gegen den Dollar von 11,5 % aufweist, die dänische Krone ein Aufgeld von 7 %, der schweizer Franken ein Aufgeld von 6,8 %. Der holländische Gulden steht in Stockholm 11,2 %, in Kopenhagen 6,3 %, in Zürich 3,9 % unter der Münzparität.

Dr. Singer

Englisches Freihändlertum und Pariser Wirtschaftskonferenz

Es gehört zu den Besonderheiten der Nachrichtenverbreitung während des Krieges, daß die Öffentlichkeit in allen Ländern sich in der Regel nur mit den radikalsten Verlautbarungen des Auslandes befaßt. Die mittleren Töne verhallen ungehört, und so entsteht ein Bild der ausländischen Zustände, welches statt der immer mannigfach gemischten Erscheinungen der breiten Wirklichkeit nur scharf zugespitzte Einseitigkeiten bietet, durch welche alle Gegensätze ins Unüberbrückbare erhoben erscheinen. Um für ein Sondergebiet eine Korrektur solcher Betrachtung zu bieten und die Auffassung zu zerstreuen, als ob „die Engländer“ schlechtthin den großmächtigen Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz zustimmten, wurde im Folgenden das Vorwort des Buches „The New Protectionism“ (London 1916) übertragen, dessen Verfasser, J. A. Hobson, zu den führenden Theoretikern der noch immer blühenden englischen Freihandelschule gehört. Da der größte Teil seiner Darlegungen im „Manchester Guardian“ erschienen ist, so darf angenommen werden, daß es ihnen an Widerhall nicht gefehlt hat.

Den englischen Anklagen gegen Deutschlands Wirtschaftsintrigen wird das bemerkenswerte Zeugnis entgegengestellt, daß Deutschland vorangekommen sei durch „die Waffen der Organisation, geschmiedet durch Gehirn, Willen und Fleiß“ (S. 102). Nach der Feststellung, daß der neue Protektionismus nicht nur eine komplizierte Form der Narrheit, sondern geradezu ein Verbrechen sei (S. 113), wird in dem Schlußkapitel „The Open Door“ eine neue Formel gesucht, um die sich scheinbar widerstreitenden Ansprüche durch internationale Gebietsartelle und ähnliche Verträge auszugleichen. Den Pfad der Sicherheit und des Wohlstandes führe in fortschreitender Bewegung der ökonomische Internationalismus, nicht eine Umkehr zu nationaler Ökonomie, welche für ein Land wie England undurchführbar und in jedem Falle ein Verrat an der Zivilisation und der Menschheit sein würde.¹⁾ Das Vorwort lautet:

„Es ist nicht meine Absicht, in den folgenden Kapiteln das ganze Feld der Streitfragen zwischen Protektionisten und Freihändlern zu durchstreifen, das in den Jahren, welche den Chamberlainschen Vorschlägen 1902—1905 folgten, so intensiv beachtet wurde. Dieser Krieg hat das Fiskalproblem unter einen neuen Aspekt gestellt. Die Protektionisten haben in den durch den Krieg bedingten Bündnissen und Spaltungen zwischen Nationen, in den Notwendigkeiten und Behelfen der Kriegswirtschaft einen neuen Grund der Hoffnung und eine Gelegenheit für die Erreichung ihrer Ziele erblickt. Während des Krieges bildet der Handel des Feindes einen Teil seiner Hilfsquellen und wird mit Recht zum Gegenstand des Angriffs gemacht. Es ist nicht schwer, in der allgemeinen Atmosphäre der internationalen Gegensätze eben diesen Handel als unseren Interessen widerstreitend und als eine mögliche Quelle der Gefahr für unser Land auch in Friedenszeiten darzustellen. Man betont, daß das

Wiederaufleben und Wachsen von Deutschlands Handel und Industrie nach dem Kriege diesem ermöglichen wird, einen neuen Krieg vorzubereiten. Wir müßten deshalb das nur mögliche tun, dies Wiederaufleben zu verhindern und das Anwachsen zurückzuhalten. Darüber hinaus wird gesagt, daß deutsche Geschäftsleute ihr privates Gewinnstreben politischen Zielen unterordneten, daß sie ihre Methoden des Dumping, des Einfallens in fremde Märkte, der finanziellen Durchdringung nur betrieben, damit die so erreichte wirtschaftliche Oberherrschaft („economic domination“) in die Dienste eines mächtigen, angriffswilligen Staates gestellt werden könne. Dieser Staat wird betrachtet als mit Nachbarn sich verbündend und solche sich unterjochend, um mit ihnen ein politisch und wirtschaftlich mächtiges System von Zentral-Europa zu bilden, das seine kommerziellen und finanziellen Fangarme ausstrecken wird, um andere neutrale Staaten heran zu schleifen. Diese ungeheuerliche Drohung einer deutschen Weltmacht auf politischem, wirtschaftlichem und, wenn die Zeit gekommen sein wird, auch auf militärischem Gebiete läßt unsern neuen Protektionismus vor der überhitzten und verwirrten Einbildung unseres Publikums paradiereen.

Meine Absicht ist, erstens den Wirklichkeitsgehalt dieser wirtschaftlichen Drohung zu betrachten und zu prüfen, zweitens die Tauglichkeit der Maßregeln, welche in Vorschlag gebracht worden sind, um ihr zu begegnen. Der neue Protektionismus unterscheidet sich von dem alten insofern, als er versucht, die gegenwärtige Kriegskarte der Welt, mit ihren Einteilungen in Kriegführende, Verbündete und Neutrale dem Protektionismus von 1903—05 unterzuschieben, der beabsichtigte, den Schutz der britischen Industrie mit engeren Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sich selbst regierenden Kolonien und dem Mutterland zu verbinden. Es ist keine leichte Aufgabe, den neuen Protektionismus in begrenzter und faßlicher Gestalt aus der allgemeinen Rhetorik herauszulösen, in welche er von den meisten seiner Verfechter gehüllt wird. Seine hauptsächlichsten Pressorgane — so die Morning Post, die Northcliffe-Blätter, und seit neuerlicher Bekämpfung der Spectator — stimmen untereinander weder hinsichtlich des Bereichs der Gegenstände noch der Methoden überein, und die Handelskammern — mehr mit geschäftlichen als mit politischen Angelegenheiten befaßt — formulieren Vorschläge, welche betrübender Weise um jenes Element von „defence“ zu kurz kommen, das für die politischen Enthusiasten von primärer Bedeutung ist.

Die einzige Tatsache, welche uns bei unserer Auslegung des neuen Protektionismus leiten sollte, ist, daß der bewegende und formende Geist durch den augenscheinlichen Wunsch gewisser Gruppen von Geschäftsleuten gebildet wird, welche die durch den Krieg und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der augenblicklichen Sachlage geschaffenen Gefühle der Freundschaft und der Gegenseitigkeit ausbeuten möchten zur Herbeiführung einer allgemeinen Politik, die ihnen privaten Profit einbringen soll. Eine Menge anderer Leute wird durch patriotische und nicht-

¹⁾ Ein späterer Aufsatz über britische Reichsprobleme wird Veranlassung geben, auf den Sachgehalt des Buches kritisch einzugehen.

fommerzielle Motive bewegen, eine protektionistische Politik wachzurufen und ihr Beifall zu spenden, aber alle Erfahrung zeigt, daß sie wenig tun, um die feste Form einer einzuschlagenden Politik zu bestimmen. Der berühmte Ausspruch von Sir James Fitzjames Stephan: „Die Welt ist für harte Praktiker gemacht, die wissen, was sie wollen und gewillt sind, es zu erreichen“ läßt sich kaum überzeugender bewähren, als durch die Annalen des Protektionismus.

Die Erkenntnis dieser zentralen Wahrheit ist im Augenblick zweifellos verdunkelt durch die Überhöhung, welche der Druck des Krieges einer in ihrer tiefsten Bedeutung ausschließlich geschäftlichen Unternehmung verleiht. So wird beispielsweise durch die Pariser Konferenz alle Aufmerksamkeit konzentriert auf die Allianz als ein ökonomisches System zur Durchführung des Krieges und der späteren Abwehrarbeit. Die wirtschaftliche Kriegspolitik selbst abzuhandeln liegt nicht in meiner Absicht. Aber die für gemeinsames Handeln vorgeschlagenen Maßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaus und die dauernden Maßnahmen zu gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit, werfen Fragen von hoher Bedeutung für diejenigen auf, welche den Freihandel als das wirtschaftlich Gesunde ansehen, und in einer Politik, welche eine dauernde Trennung zwischen den jetzigen Gruppen der Kriegführenden anstrebt, eine Gefahr für den künftigen Weltfrieden erblicken. Obwohl das Dokument (die Pariser Beschlüsse) unser Land an keiner Stelle auf einen Tarif oder andere unbedingt protektionistische Handlungen verpflichtet, so sind in ihm doch die Grundlinien einer Politik niedergelegt, welche Protektionismus in sich schließt. Schon die Sprache seiner Einleitung ist erfüllt von protektionistischen Voraussetzungen. Von unseren Feinden wird behauptet, daß sie einen „Kampf auf dem Boden des Wirtschaftlichen“ vorbereitet. Ihre Vorbereitungen „haben offenbar das Ziel, eine Herrschaft über die Produktion und die Märkte der gesamten Welt aufzurichten und anderen Ländern ein unerträgliches Joch aufzuerlegen. Angesichts einer so ernstlichen Gefahr halten es die Vertreter der verbündeten Regierungen für ihre Pflicht — aus Gründen der Notwendigkeit und berechtigter Abwehr — von nun ab all die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und zu verwirklichen, um einerseits für sich selbst und die Gesamtheit der neutralen Märkte die volle ökonomische Unabhängigkeit und die Wahrung einer gesunden kaufmännischen Praxis sicherzustellen, und andererseits Organisation auf der dauernden Grundlage ihres Wirtschaftsbundes zu erleichtern.“

Es ist nun vor allem meine Aufgabe, in diesem Buch die wunderlichen Voraussetzungen dieses Satzes zu prüfen: die Auffassung des Handels als eines „Kampfes“, in welchem eine der handelnden Parteien sich die „Herrschaft“ über die andere sichert, die Auffassung, daß Schutzzölle und andere Hindernisse zur „Abwehr“ benötigt werden, endlich die Auffassung, daß solche „Abwehr“ erfolgreich durch eine der genannten Methoden erreicht werden könne. Die Voraussetzung, daß Deutschlands Handel und Finanz hauptsächlich und normalerweise Instrumente des Staates — mithin Abweichungen von „gesunder kaufmännischer Praxis“ —, und daß die Alliierten berufen seien, sich gegen eine derartige Invasion und Herrschaft nicht allein zu verteidigen, sondern sogar auch noch die „Unabhängigkeit“ der neutralen Mächte sicherzustellen, ist eine solche Mischung von Naivität und Unwissenheit, daß es schwer ist, ihr in vollem Umfange gerecht zu werden.

Obwohl die Geschichte der Abzweigung, daß Kriegsbündnisse von hinreichend fester und dauerhafter Natur sind, um langfristigen Geschäftsabmachungen als verlässliche Grundlage zu dienen, nur eine schwache Stütze leiht, so kann der Freihandel doch Vorschläge zur Herbeiführung engerer und wirksamerer Handelsbeziehungen zwischen den Verbündeten nur empfehlen, sofern diese nicht der Absicht oder der tatsächlichen Wirkung nach auf eine Politik der Ausschließung und Feind-

seligkeit gegen andere Länder hinauslaufen. Pläne zur Verbesserung des Verkehrs, der Post und anderer Kommunikationsmittel, für gleichartige Erleichterung im Patentrecht, Markenschutz und Urheberrecht zwischen den Angehörigen der verbündeten Länder, bedeuten als solche eine Ausweitung des Bereichs und eine Erleichterung menschlichen Verkehrs über die nationalen Schranken, und sind insofern in jeder Hinsicht wünschenswert.

Der gesunde Wirtschaftsverstand betrachtet jedoch die erste Überschrift der „Ständigen Maßnahmen“, nämlich „Ökonomische Unabhängigkeit der feindlichen Länder“ mit ganz anderen Augen. Dies gilt insbesondere von den folgenden einleitenden Sätzen: „Die Alliierten beschließen unverzüglich die notwendigen Schritte zu tun, um sich von den feindlichen Ländern in bezug auf solche Rohstoffe und Fabrikate unabhängig zu machen, welche für den normalen Ausbau ihrer wirtschaftlichen Kräfte wesentlich sind. Diese Maßnahmen sollten darauf gerichtet sein, die Unabhängigkeit der Alliierten nicht nur hinsichtlich ihrer Bedarfsquellen sicher zu stellen, sondern auch hinsichtlich ihrer finanziellen, kommerziellen und maritimen Organisation.“

Wenngleich nun auch in dem Verhandlungsbericht weder hier noch an anderer Stelle irgend ein präzises Abkommen getroffen ist, eine mit Tarifen, Ausfuhrzöllen, Schiffahrtsakten, Finanzboykott oder anderen, dem Protektionismus eigentümlichen Waffen arbeitende Politik aufzunehmen, so ist doch die ange-deutete Politik derart, daß sie solche Maßnahmen nicht nur einschließt, sondern geradezu fordert. Wenn auch „ökonomische Unabhängigkeit“ der geschilderten Art nicht jeden Handelsverkehr mit den Zentralmächten ausschließt, so faßt sie doch ersichtlich die Sperrung dieses Landes gegen die meisten der bisher eingeführten Stapelartikel ins Auge, als Zucker, Stahl und Eisen, Maschinen, Glas und Glaswaren, Garne und Gewebe aus Baumwolle und Wolle. Wollen die Alliierten durch Organisation völlige „Unabhängigkeit“ auf dem Gebiete von Handel, Finanz und Schifffahrt herbeiführen, so erfordert dies nicht nur prohibitive Zölle für ganze Klassen von Gütern, sondern gesetzliche Maßnahmen zur Ausschließung deutschen Kapitals von jeglicher Anlage in den alliierten Ländern, und einschränkende oder prohibitive Maßnahmen gegen die deutsche und österreichische Schifffahrt. Mag „Unabhängigkeit“ nun als absolute Ausschließung oder als Sicherung gegen jene Art von wirtschaftlichem Eingreifen, welche „Abhängigkeit“ mit sich bringt, verstanden werden, so muß sie notwendig mit Methoden staatlicher Bevorzugung und staatlichen Boykotts verbunden sein, welche einen radikalen Bruch mit der überkommenen Wirtschaftspolitik Großbritanniens darstellen. Welche besonderen Methoden man auch immer zur Erreichung des Zieles wählen würde, es müßten sich zwei wirtschaftlich und politisch verderbliche Folgen ergeben. In erster Linie würden durch die Verengung des Bereichs der offenen äußeren Märkte die Gesamtgewinne des Handels und der Industrie Großbritanniens vermindert, und außerdem das sichere Auskommen einer Bevölkerungsschicht und Handelsklasse fraglich werden, die mit ihrer Existenz von dem breiten und sicheren Zugang zu den mannigfachen Quellen überseeischer Vorräte abhängen. Des weiteren würde man, indem man Europa in zwei angeblich unabhängige, in Wirklichkeit aber feindliche und sich bekämpfende ökonomische Systeme einanderbräche, in allen Teilen der Welt den Stoff zu Konflikten nähren, das bittere Andenken dieses Krieges erhalten und stärken, einen Anreiz für Wahrung und Vergrößerung der Rüstungen bieten und einen zweiten Krieg unvermeidlich machen.

Es würde sogar der erste herausfordernde Schritt in diesem „Krieg nach dem Kriege“ nicht von den Zentralmächten, sondern von den Alliierten unternommen worden sein, und die falsche Anklage von seiten deutscher Publizisten, daß für Großbritannien das hauptsächlich treibende Motiv zur Teilnahme am Krieg

Weid auf das Anwachsen des deutschen Handels und der Wunsch nach Zerschmetterung des Rivalen gewesen sei, würde eine höchst annehmbare Bekräftigung erfahren. Denn obwohl der Pariser Bericht mit der Feststellung beginnt, daß „die Mächte Zentral-europas sich zur Zeit, im Einvernehmen mit ihren Verbündeten, auf einen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete vorbereiten“, so besteht doch keinerlei Beweis, daß auch nur ein einziger Schritt in dieser Richtung tatsächlich unternommen worden sei. Im Gegenteil: schon die vor einigen Monaten erfolgten nichtamtlichen Vorschläge, daß Österreich-Ungarn eine Art von Wirtschaftsbandnis mit dem Deutschen Reich eingehen möge, sind in Wien und Budapest auf so kräftigen Widerstand gestoßen, daß man sie anscheinend wieder fallen gelassen hat. Sollte die Pariser Wirtschaftskonferenz in irgend welchen praktischen Maßnahmen zur Führung einer gemeinsamen Handelspolitik nach dem Kriege Gestalt gewinnen, so würde der erste Erfolg der sein, daß die deutschen Verfechter eines wirtschaftlichen Mitteleuropas Ermüdung erhielten, da sie ihren Plan als notwendige Abwehr gegen die bereits angekündigte Wirtschaftskriegsführung der Alliierten darstellen könnten.

Ein anderer offenkundiger Nachteil aller zwischen den Alliierten jetzt zu treffenden Wirtschaftsabkommen zwecks Ausführung nach dem Kriege würde darin bestehen, daß sie während der Friedensberatungen unsere Handlungsfreiheit beeinträchtigen müßten hinsichtlich der über alles wichtigen Aufgabe, die internationalen Beziehungen auf eine Basis von größerer Sicherheit zu stellen. Keine Liga der Nationen, wie sie Präsident Wilson und Sir Edward Grey (um nur die bedeutendsten Förderer dieses Planes zu nennen) noch für möglich halten, würde ins Leben gerufen werden können, wenn sich bei Beendigung des militärischen

Konfliktes die kriegführenden Gruppen bereits auf einen ständigen Handelskrieg festgelegt hätten.

Diese Betrachtungen geben den Schlußworten des Pariser Verhandlungsberichtes die ernsteste Bedeutung, in welchem „die Vertreter der verbündeten Regierungen es auf sich nehmen, ihren betreffenden Regierungen zu empfehlen, unverzüglich alle die Maßnahmen, mögen sie vorübergehend oder dauernd sein, zu treffen, welche notwendig sind, um dieser Politik hinfort vollkommene und umfassende Wirkung zu verleihen“. Diese unanständige Eile kann, soweit es unser Land betrifft, nur einen einzigen Sinn haben. Sie soll unsern Protektionisten ermöglichen, unsere ständige Fiskalpolitik umzuwerfen, und zwar unter dem Deckmantel eines Kriegsnotstandes und unter Beihilfe der erhöhten Leidenschaften und verwirrten Urteilskraft, welche solch eine Sachlage hervorbringt. Diese Auslegung findet eine Stütze in dem Schritt des Kolonialsekretärs, welcher, ehe noch die Einde des Verhandlungsberichtes getrocknet war, die Kolonien anwies, alsbald und für 5 Jahre nach dem Kriege auf alle nach fremden Ländern ausgeführten Palmkerne einen Ausfuhrzoll von 2 £ die Tonne zu legen. Wenngleich in erster Linie dazu bestimmt, die deutsche Palmölindustrie, die Grundlage mehrerer wichtiger Erzeugnisse, als Seife, Margarine, Ölkuchen, zu zerstören, so wird doch diese Rückkehr zu unserer frühen Kolonialpolitik der Bevorzugung des heimischen Marktes in allen neutralen fremden Ländern Unruhe hervorrufen. Sie wird, indem sie also die Unsicherheit des künftigen Handels verstärkt, rasche Rückkehr zu normaler Betätigung nach dem Kriege für alle Nationen, kriegführende oder neutrale, schwieriger gestalten.“

Dr. Rosenbaum

Indien und der Krieg

Austen Chamberlain, der englische Minister für Indien, hat am 23. Mai im Unterhaus erklärt, daß Indien in Zukunft in der Reichskonferenz regelmäßig vertreten werden wird, und zwar durch einen Inder, und ferner, daß die langfristige Bindung eingeborener Arbeiter nicht mehr zugelassen werden soll. Es sind damit den Indern zwei wichtige Zugeständnisse gemacht worden, und diese Tatsache wird ihnen zweifelsohne in ihren Selbstständigkeitsbestrebungen neuen Mut einflößen und vielleicht auch die sogenannte indische „Loyalität“ stärken. Denn daß diese teilweise darin besteht, die augenblickliche Lage für die nationalistischen Bemühungen auszunutzen, daran zweifelt wohl niemand. Und je mehr Indien im Kriege für England tut, desto mehr wird es auch verlangen.

Man ist wohl vielfach geneigt, den Anteil Indiens am Weltkriege zu unterschätzen, und macht es sich nicht immer klar, wie wichtig es für die Entente ist, die Stütze Indiens zu haben, dennoch sieht jeder ein, welche Bedeutung es für England gehabt hat, daß Indien nicht die Gelegenheit benußt hat, um sich gegen England zu erheben. Viele haben sich auch gewundert, daß das nicht der Fall gewesen ist, indem sie übersehen, daß ein Aufstand ohne Streitkräfte, ja ohne Waffen keinen Erfolg haben kann. Außerdem werden sicherlich die meisten Inder glauben, daß England schließlich als Sieger aus dem Kriege hervorgehen wird, und was Deutschland betrifft, so wird ihnen immer wieder gesagt, daß Deutschland diesen Krieg unternommen habe, unter anderem, um Indien zu erobern. Daneben werden allerlei Greuelgeschichten über deutsche Grausamkeit und deutsche Mißwirtschaft unter ihnen verbreitet, und die Inder, welche aus eigener Erfahrung wissen, daß die Europäer brutal und grausam sein können, finden an diesen Berichten nichts Unwahrscheinliches. Einem Staate gegenüber, von dem sie glauben,

daß er sie selbst bezwingen und noch härter behandeln werde, als die Engländer es tun, kann man auch nicht bei der überwiegenden Menge der Inder Sympathie erwarten. Für diejenigen, die etwas über indische Verhältnisse orientiert waren, ist dann wohl auch die „loyale“ Haltung Indiens keine Überraschung gewesen. Für England ist sie aber auf alle Fälle von unschätzbarem Werte.

Damit ist jedoch die Bedeutung Indiens für die Kriegsführung der Entente noch lange nicht erschöpft. Alle wissen ja, daß indische Truppen von Anfang an am Kriege teilgenommen haben, nicht aber in welchem Umfange dies geschehen ist. Darüber hat nun Mr. Chamberlain bei Gelegenheit der Diskussion über die Erhöhung der Baumwollzölle beachtenswerte Mitteilungen gemacht.

Beim Kriegsausbruch bestand die indische Armee aus 78 000 Mann britischen und 158 000 Mann indischen Truppen, im ganzen 236 000 Mann. Dazu kamen die sogenannten Imperial Service Troops, Streitkräfte, welche mehrere indische Fürsten unterhalten und zur Verfügung der britischen Regierung stellen. Ihre Zahl war nach Mr. Chamberlain 180 000, was aber kaum zutreffen kann. Nach „The Indian Year Book“ betrug sie am 1. April 1912 nur 22 271.

Wie viele indische Truppen am Kriege teilgenommen haben, können wir natürlich nicht im einzelnen feststellen. Etwas aber wissen wir. Im Winter 1914 machten indische Truppen ungefähr ein Drittel der britischen Armee in Frankreich aus. Sie waren es, welche zuerst im britischen Ostafrika den Kampf aufnahmen, und sie übernahmen auch die Verteidigung des Suezkanals. Endlich waren die Truppen, welche die Feldzüge in Mesopotamien unternahmen, ganz überwiegend indische. In Quetta und Wellington sind nach Anfang des Krieges Kriegsakademien